

Dr. Inge Gräble MdEP  
Europäisches Parlament  
Altiero Spinelli 15 E 130  
Rue Wiertz B-1047 Brüssel  
Tel.: 0032-2-2847868  
Fax.: 0032-2-2849868

## Pressemitteilung

### **Einheitliche Höchstgeschwindigkeit für Busse**

### **Europaabgeordnete Inge Gräble (CDU/EVP) begrüßt Entscheidung zum Bürokratieabbau**

Das vereinigte Europa wird jetzt auch für Busunternehmen Wirklichkeit. Die Straßenverkehrsordnung wird dahingehend geändert, dass die ausländische Zulassung von Bussen für 100 km/h Höchstgeschwindigkeit auf Autobahnen auch in Deutschland anerkannt wird. Dies teilt das Bundesministerium für Verkehr auf eine Initiative der Europaabgeordneten Inge Gräble mit. Sie bezog sich auf eine Anfrage eines Mitglieds eines Partnerschaftskomitees aus ihrem Wahlkreis, das die Busfahrt der Freunde aus der französischen Partnerstadt organisierte. Dem französischen Busfahrer wurde ein Bußgeld verhängt, weil er auf der deutschen Autobahn die zulässige Höchstgeschwindigkeit von 80 km/h überschritt, ohne eine Zulassung für 100 km/h zu haben.

Als "gelungenen Schritt" begrüßt die Europaabgeordnete Inge Gräble die Entscheidung des Bundesverkehrsministeriums, die Höchstgeschwindigkeitsregelung für Omnibusse zu vereinfachen.

"So wird Bürokratie abgebaut, ohne die Sicherheit des Straßenverkehrs zu gefährden" freut sich die Politikerin.

"Die bisherige Regelung verlangt von einem Busunternehmer einige Behördengänge und viel Geduld ab", stellt Inge Gräßle fest. Um eine Ausnahmegenehmigung für deutsche Autobahnen zu beantragen, muss der ausländische Halter zuerst den Omnibus in Deutschland vorführen und von einem Sachverständigen untersuchen lassen. Wenn danach das Fahrzeug für 100 km/h auf Autobahnen als geeignet angesehen wird, wird die Genehmigung erteilt. Zusätzlich muss der ausländische Bus alle 12 Monate einer Hauptuntersuchung bei einem Sachverständigen unterzogen werden. Wenn der Halter danach noch alle Unterlagen zu Kontrollzwecken im Original stets mitführt, verhält er sich ordnungsgemäß. " Eine Vereinfachung der bisherigen Regelungen ist also dringend notwendig, um ein Zusammenwachsen von Europa zu fördern", schließt Inge Gräßle.